

## V3 Solidarität mit den Protesten im Iran

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein  
Beschlussdatum: 24.02.2023  
Tagesordnungspunkt: 5. Anträge

### Antragstext

- 1 Am 16. September 2022 wurde Jina Mahsa Amini, eine junge kurdische Iranerin,
- 2 durch die Sittenpolizei des iranischen Mullah Regimes ermordet. Seitdem
- 3 protestieren tausende Menschen gegen das Regime. FrauenSie reißen sich
- 4 öffentlich das Kopftuch ab und legen sich damit mit dem Repressionsapparat an,
- 5 welcher auf brutalste Weise gegen die Demonstrierenden vorgeht.
  
- 6 Die Protestbewegung, die keine rein weibliche ist und von Menschen aller
- 7 Altersklassen unterstützt wird, kämpft unter dem Leitspruch „Jin, Jiyan, Azadi –
- 8 Zan, Zendegi, Azadi! Frau, Leben, Freiheit“ für Freiheit, Gleichheit,
- 9 Selbstbestimmung und Demokratie.
  
- 10 Mit der islamischen Revolution wurde der Verschleierungszwang eingeführt und
- 11 Grundrechte von Frauen wurden direkt von der islamischen Regierung
- 12 eingeschränkt. In den folgenden Jahren wurden Kurd\*innen diskriminiert,
- 13 Oppositionelle verfolgt und das Regime hat seinen Machtapparat ausgebaut.
  
- 14 Die Menschen innerhalb und außerhalb des Irans nehmen extreme Risiken in Kauf,
- 15 um für ihre Rechte zu kämpfen. Jetzt liegt es an uns, sie dabei bestmöglich zu
- 16 unterstützen.

17 Deshalb fordern wir:

- 18 • Die Anerkennung des Rechts auf Verteidigung der iranischen  
19 Zivilbevölkerung gegen das gewalttätige Regime
- 20 • Unterstützung der Freiheitsbewegung durch digitale Infrastruktur (z.B.  
21 VPNs).
- 22 • Die Einbeziehung der iranischen Zivilbevölkerung und Exil-Iraner\*innen,  
23 insbesondere Angehörige marginalisierter Gruppen, in Prozesse und  
24 Entscheidungen bezüglich des politischen Umgangs im Iran
- 25 • Eine Verstärkung des Schutzes für Exil-Iraner\*innen in Deutschland.
- 26 • Vereinsverbot der Revolutionsgarde der Islamischen Republik Iran in  
27 Deutschland
- 28 • Die Revolutionsgarde muss von der EU offiziell als Terrororganisation  
29 eingestuft werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich hierfür  
30 konsequent einzusetzen und den rechtlichen Rahmen dafür zu schaffen.
- 31 • Justizielle Ermittlung der Verbände, Vertretungen, Organisationen,  
32 Lobbyist\*innen des iranischen Regimes in Deutschland (z.B. das Islamische  
33 Zentrum Hamburg) und die Verurteilung der Zusammenarbeit mit dem Regime
- 34 • Geflüchtete Menschen aus dem Iran müssen schnellstmöglich unbürokratisch  
35 und bedingungslos mithilfe humanitärer Visa aufgenommen werden. Zusätzlich  
36 sollen Bundes- und Landesaufnahmeprogramme vorbereitet werden.
- 37 • einen bundesweiten ausnahmslosen und weiterhin anhaltenden Abschiebestopp  
38 in den Iran. Außerdem muss das geltende Einreiseverbot für abgeschobene  
39 Menschen zurückgenommen werden.
- 40 • eine offizielle Verurteilung des iranischen Regimes als verantwortlich für  
41 systematische Menschenrechtsverletzungen.
- 42 • Es muss weitreichende und umfassende Sanktionen gegenüber dem iranischen  
43 Regime geben. Sanktionen, die die protestierende Bevölkerung des Irans  
44 treffen, sind kontraproduktiv.
- 45 • Beschlagnahmung von Vermögen und Sachgegenständen des iranischen Regimes  
46 in Deutschland. Darüber hinaus Einfrieren des Vermögens von regimetreuen

- 47 Lobbyist\*innen, Organisationen und Unternehmen, die für die Gewalt gegen  
48 die Protestierenden verantwortlich sind bzw. diese ermöglichen
- 49 • Sofortige Beendigung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit  
50 mit dem iranischen Regime sowie Lobbyist\*innen des Regimes auf sämtlichen  
51 Ebenen.
  - 52 • Es gilt Menschen, die für die Bundesrepublik Deutschland gearbeitet haben  
53 und durch ihre Tätigkeit gefährdet sind, zu schützen und ihnen und ihren  
54 Familienangehörigen die Einreise nach Deutschland zu ermöglichen
  - 55 • Es ist richtig, dass die Verhandlungen zum Atomwaffenverbotsvertrag  
56 gestoppt wurden. Es soll keine Rückkehr zu Verhandlungen mit dem  
57 iranischen Regime über das Atomabkommen geben.
  - 58 • Keine Waffenlieferungen aus Deutschland oder der Europäischen Union in den  
59 Iran. Regimeunabhängige Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen zum  
60 Zweck der Aufklärung und Verurteilung der regimetreuen Täter\*innen sowie  
61 entschlossene Verfolgung der kriminellen Machenschaften.
- 62 Doch während im Iran Kurd\*innen treibende Kraft für die Proteste sind, werden  
63 sie in Südkurdistan von der Türkei angegriffen. Die Bundesregierung schweigt  
64 dazu bislang. Deutschland muss sich für eine unabhängige Aufklärung einsetzen  
65 und die Angriffe auf Nord-Ost- Syrien (Rojava) verurteilen.
- 66 Gleichzeitig liegt es an uns die iranische Bevölkerung durch mediale  
67 Aufmerksamkeit und Solidaritätsveranstaltungen zu unterstützen. Die  
68 Waffenlieferungen des Mullah-Regimes an Russland verdeutlichen außerdem, dass  
69 die autokratischen Regime der Welt, enger aneinander rücken. Diese Bündnisse  
70 gegen die Demokratie und Freiheit müssen wir ernst nehmen.

## Unterstützer\*innen

Marcel Beutel (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein)